

Schmahl, Hans-Jürgen

**Article — Digitized Version**  
**Verfrühtes Signal**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schmahl, Hans-Jürgen (1972) : Verfrühtes Signal, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 2, pp. 56-57

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134357>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Verfrühtes Signal

Als der erste Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1968 dem Bundestag vorgelegt wurde, bekam er bedeutungsschwere Einführungen mit auf den Weg. „Ein Jahreswirtschaftsbericht mit Orientierungsdaten“, so erklärte Karl Schiller damals, „gehört in eine aufgeklärte Marktwirtschaft . . . Der Jahreswirtschaftsbericht will informieren, er will orientieren, und er will damit zugleich auch koordinieren. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Instanzen . . . und die autonomen Gruppen brauchen diese Kommunikation für ihre eigenen Entscheidungen. . .“ Das war zu einer Zeit, als der Versuch noch ausstand, Interessenkonflikte zwischen den verschiedenen Gruppen gewissermaßen mit dem Rechenschieber zu lösen. Inzwischen hat sich gezeigt, daß das offenbar – vorläufig – nicht möglich ist. Auf dem Scherbenhaufen dieses Versuchs wirkt der jüngste Jahreswirtschaftsbericht weit weniger bedeutungsvoll. Zu kraß hat sich gezeigt, daß Zieldeklarationen der Wirtschaftspolitik eben nur Deklarationen sind. Dann aber können sie kaum den Anspruch erheben, ein Instrument der Koordination zu sein.

Der jüngst veröffentlichte Jahreswirtschaftsbericht 1972 leidet aber nicht nur an der schlechthin verringerten Bedeutsamkeit seiner Gattung, sondern er hat darüber hinaus einen speziellen Schönheitsfehler. Er kommt nämlich zur unpassenden Zeit. Der Termin ist gesetzlich bestimmt; § 2 des Stabilitätsgesetzes fordert seine Vorlage im Januar eines jeden Jahres. Dem Gesetzgeber muß eine Welt vorgezeichnet haben, die keine heftigen Konjunkturschwankungen mehr kennt. Denn nur in einer quasi trendmäßig wachsenden Wirtschaft kann es Sinn haben, die Wirtschaftsablaufpolitik nach Kalenderjahren zu konzipieren. In der Realität der ausgeprägten Konjunkturzyklen ist das Festhalten an solchen Terminen wenig sinnvoll, ja, es kann sogar unerwünschte Konsequenzen haben. Das gilt z. B. für den gegenwärtigen Zeitpunkt. Noch steht den Tendenzen zur Abschwächung der Konjunktur ein kräftiger Preis- und Kostenauftrieb gegenüber. Daher erscheint ein Abwarten der Konjunkturpolitik angebracht. Doch der gesetzliche Termin verlangte, daß das Programm für dieses Jahr jetzt bekanntgemacht wurde – ein Programm der Expansionspolitik.

Erst in der letzten Zeit ist es wieder zu spektakulären Preiserhöhungen gekommen, diesmal in der Automobilindustrie. Das zeigt, wie labil die Preissituation immer noch ist – trotz schwacher Nachfrage und trotz erheblich verlangsamten Lohnanstiegs. In einer solchen Situation ist es falsch, expansive Maßnahmen anzukündigen. Wenn sie schon nach Auffassung der Bundesregierung nicht sofort erforderlich sind, dann ist nicht einzusehen, weshalb man sie jetzt ankündigt. Denn im Hinblick auf das Preisverhalten ist die Ankündigung so wirksam wie die Maßnahmen selbst. Gewiß, geredet wird über den baldigen Einsatz des Eventualhaushalts und die Rückzahlung des konjunkturpolitischen Steuerzuschlags schon länger. Aber jetzt ist beides mit Gewißheit und sogar mit ungefährender Terminierung in Aussicht gestellt. Es ist schwer vorstellbar, daß die Regierung das ohne den Terminzwang des Jahreswirtschaftsberichts getan hätte. Dagegen spricht auch die deutliche Sorge um die weitere Preisentwicklung, die den Bericht durchzieht.

Das alles muß vor dem Hintergrund einer Preisentwicklung gesehen werden, die auch nach Auffassung der Bundesregierung für dieses Jahr ohnehin keinen Lichtblick eröffnet. In den „Eckwerten“ des Jahreswirtschaftsberichts – jenen Zahlen, die Ziele und keine Prognosen darstellen, was nur selten klar zum Ausdruck gebracht wird – steht als Anstiegsrate der Verbraucherpreise 4,5 %. Diese Zahl deckt sich mit der Prognose, die zuerst die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihren Gemeinschaftsgutachten genannt haben, dann der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten. In der Tat war und ist nach der ganzen Anlage der Entwicklung diese Steigerungsrate vorprogrammiert. Wenn sie nun im Jahreswirtschaftsbericht als „Ziel“ für 1972 erscheint, dann fügt sich die Bundesregierung damit nur in das Unvermeidliche. Geschick oder Ungeschick der Konjunkturpolitik kann für 1972 nur die Differenz zwischen „knapp“ oder „reichlich“ 4,5 % bedeuten. Für die weitere Entwicklung dagegen kann sie mehr bewirken. Abkühlung des Preisklimas kommt jetzt bald oder gar nicht. Der Unterschied wird sich in den Preisanstiegsraten der kommenden Jahre zeigen.

Mittelfristig hat die Bundesregierung ihre Vorstellungen vom hinzunehmenden Ausmaß des Preisanstiegs nicht so sehr verändert, wie das auf den ersten Blick erscheinen mag. In ihrer fortgeschriebenen mittelfristigen Projektion der Wirtschaftsentwicklung, die die Zielvorstellungen für die Zeit bis 1976 enthält, findet sich als Anstiegsrate für das Verbraucherpreisniveau 2,5–3,0 % pro anno. Vergleicht man sie mit jener Rate von 1 %, die im ersten Jahreswirtschaftsbericht als mittelfristige Zielvorstellung für die Preisentwicklung genannt worden war, dann sieht das nach einer „Aufweichung“ der Bemühungen um Stabilität aus. Doch solche Interpretation wäre unzutreffend. Diese 2,5–3,0 % sind vielmehr eine Marge, die sich als Durchschnitt aus den hohen gegenwärtigen Anstiegsraten und einer viel niedrigeren Rate ergibt, die man am Schluß der Projektionszeit erreicht zu haben hofft. In Wirklichkeit steckt hinter dem jetzt gesetzten mittelfristigen Preisziel eine außerordentlich ehrgeizige Erwartung. Man kann das Wort „ehrgeizig“ auch durch „optimistisch“ ersetzen. Denn es gehört schon sehr viel Optimismus dazu, für den Fünfjahresabschnitt 1972-76 einen durchschnittlichen Anstieg der Verbraucherpreise von 2,5–3 % zu unterstellen. Das würde nämlich für den Durchschnitt der Jahre 1973-76 nur einen „zulässigen“ Anstieg von 2,0–2,5 % bedeuten, für das Endjahr allein noch weniger. Doch die Zielvorgabe hat jeweils auch eine pädagogische Funktion. Nur wer sich hochgespannte Ziele setzt, hat Chancen, viel zu erreichen.

Das Nebeneinander rezessiver und inflatorischer Tendenzen schließt aus, daß der Beschäftigungsaspekt eindeutig im Vordergrund der kurzfristigen Überlegungen zur Konjunkturpolitik stehen kann. Die gegenwärtige Stagflation verhindert eine Konzentration auf die Bemühungen zur Wiederankurbelung der Konjunktur ohne gleichzeitigen Blick auf das Stabilitätsziel. Erst wenn sich Anzeichen für eine gefährliche Verstärkung der kontraktiven Kräfte ergeben sollten, wäre das anders zu beurteilen. Der Jahreswirtschaftsbericht trägt dem wenigstens insoweit Rechnung, als er gewichtige expansive Maßnahmen erst für einen späteren Zeitpunkt vorsieht. Die Jahresziele, die die Bundesregierung dann zu erreichen hofft, sind hinsichtlich der oberen Grenze der projektierten Wachstumsrate von 2,0–3,0 % des realen Bruttosozialprodukts optimistisch. Welche Beschäftigungsentwicklung mit einem solchen Produktionsziel verbunden sein wird, hängt letztlich vom Verhalten der Betriebe ab. Vieles spricht dafür, daß man in Erwartung des nächsten Aufschwungs auf Entlassungen möglichst weitgehend verzichtet. Der politisch neutralere Indikator, die Zahl der Arbeitslosen, ist durch die Öffnung des Arbeitsmarktes nach außen aber ohnehin entschärft worden. Arbeitslose Ausländer wandern zum großen Teil in ihre Heimat ab. So ist die Erwartung wohl berechtigt, daß die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt nicht viel höher als 1 % sein wird. Was die Beschäftigung betrifft, wird also 1972 gewiß ohne Dramatik verlaufen. Für die Stabilität aber wird die Entwicklung dieses Jahres zu einem Markstein werden.